



# Newsletter Weihnachten 2018

connosco e.V.  
Melchiorstr.. 3  
50670-Köln  
Website: [www.connosco.de](http://www.connosco.de)  
E-Mail: [info@connosco.de](mailto:info@connosco.de)



## Inhalt

<b>Editorial &amp; Grußwort</b>	<b>3</b>
<b>connosco aktuell</b>	<b>4</b>
<b>Wir suchen Dich!</b> Werde Teil von connosco e.V.	<b>5</b>
<b>Kurznachrichten</b> Von Marc Reismann und Thilo Vogt	<b>6</b>
<b>Pacto Mundial de Inmigración: Venezuela en focus</b> Von Maykel Redondo	<b>9</b>
<b>Licht am Ende des Plastiktunnels</b> <i>Gastbeitrag von Matices e.V.</i> Von Andreas Jünger	<b>12</b>
<b>Auch Brasilien rückt nach rechts</b> Von Leon Mauel	<b>17</b>

## Editorial & Grußwort

**Liebe Lateinamerika-Freunde,**

Es ist uns eine große Freude Ihnen erstmalig und nun auch regelmäßig jeweils einen Artikel auf Spanisch in unserem Newsletter zu präsentieren. Der Artikel „*Pacto Mundial de Inmigración: Venezuela en focus*“ von Maykel Redondo Teil einer fortlaufenden Modifikation unseres Newsletters. Er behandelt das Thema der aktuellen Krise in Venezuela und die damit verbundene Migration und Flucht in die Nachbarländer und ist ab Seite 9 zu finden.

Eine weitere Neuerung und eine besondere Ehre ist es uns Ihnen einen Gastbeitrag unseres Kooperationspartners Matices e.V. präsentieren zu dürfen. Thematisch befasst sich der Artikel „*Licht am Ende des Plastiktunnels*“ mit den negativen Folgen des Agrobusiness in Andalusien und wird in der folgenden Heftausgabe (Ausgabe 96!) von Matices mit dem Schwerpunktthema Feminismus in Lateinamerika erscheinen. Viel Spaß beim Lesen des Artikels von Andreas Jünger ab Seite 12.

Im gewohnten Format können Sie zudem ab Seite 17 weitere Informationen über die aktuelle Lage in Brasilien nach den Präsidentschaftswahlen lesen, die Ihnen von Leon Mauel bereitgestellt werden.

Wir von connosco e.V. wünschen Ihnen ein wundervolles und besinnliches Weihnachtsfest! Wir danken all unseren Mitgliedern, Förderern und Freunden für Ihre Treue und Unterstützung! Ohne Sie wäre unsere Arbeit nicht möglich. Wir blicken auf ein spannendes und intensives Jahr 2018 zurück und erwarten voller Vorfreude das gemeinsame Jahr 2019, indem wir Sie alle gerne bei unseren Veranstaltungen und beim Cologne Latin America Symposium 2019 begrüßen möchten!

**Herzlichst,  
das Team Wirtschaft & Politik von connosco e.V.**

connosco

lateinamerika mit uns

Newsletter  
Weihnachten2018

# connosco aktuell



connosco e.V. blickt auf eine wundervolle Weihnachtsfeier zurück.

Der Verein bedankt sich herzlich für ein großartiges Engagement und die Treue seiner Mitglieder und allen Freunden des Vereins.

Auch 2019 heißt es wieder [lateinamerika mit uns](#)

## Wir sind

connosco e.V. ist eine fachübergreifende Hochschulgruppe der Universität zu Köln. Ziel des Vereins ist die kritische Betrachtung des lateinamerikanischen Kontinents und der iberischen Halbinsel in Bezug auf Wirtschaft, Politik, Ökologie, interkulturelle Kommunikation und Entwicklungsfragen der Region. Wir bieten Dienstleistungen für ein breites Themenspektrum an, organisieren Tagungen und veranstalten Workshops.

## Wir leisten

Veranstaltungen

Seminare

Workshops

Kongresse & Tagungen

Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Newsletterarbeit

Publikationen

Sprach- und Kulturassistentz

Delegationsreisen

Messebegleitung

Veranstaltungsassistentz

## Wir bieten Dir

- Einblicke in die Tätigkeiten eines studentischen Vereins mit internationalem Bezug
- Unabhängige Arbeiten und Raum zur eigenen Mitgestaltung
- Ausbau deiner interkulturellen Kontakte
- Die Möglichkeit, Dich ehrenamtlich zu engagieren

# Wir suchen Dich!

Das **Team Politik und Wirtschaft** sucht neue Mitglieder, vorzugsweise Studierende der Wirtschafts- (BWL, VWL) oder Politikwissenschaften und der Regionalstudien Lateinamerika!

Ein Praktikum oder Engagement parallel zum Studium bietet Dir die Möglichkeit, Einblicke in die Arbeit eines studentisch organisierten Vereins mit internationaler Ausrichtung zu erhalten und selbstgestalterisch mitzuwirken.

## Aufgaben im Team Politik & Wirtschaft

- Organisation von Veranstaltungen und Tagungen
- Verfassen von Artikeln für den monatlichen Newsletter
- Pflege der Website und Facebook
- Repräsentation von connosco e.V. auf Netzwerkveranstaltungen
- Kontaktsuche und -pflegen

Du solltest Interesse am aktuellen Geschehen in Lateinamerika, Lust auf ein nettes, interdisziplinäres Team, Spaß an Recherchearbeit, Bereitschaft zu Teilnahme an regelmäßigen Treffen, Zuverlässigkeit und Einsatzbereitschaft mitbringen. Spanisch- und/oder Portugiesischkenntnisse sind von Vorteil.

Falls Du Dich für eine ehrenamtliche Stelle bei connosco e.V. interessierst, sende bitte ein kurzes Anschreiben mit Lebenslauf an

[info@connosco.de](mailto:info@connosco.de)

**Wir freuen uns auf Deine Bewerbung!**

## Kurznachrichten

*Von Marc Resimann und Thilo Vogt*

### **Kolumbien: Nach wochenlangen Protesten sagt Präsident mehr Geld für Bildung zu**

Bogotá. Wochenlang haben Studenten in ganz Kolumbien für die Erhöhung des Bildungsetats für öffentliche Universitäten demonstriert und nun ein Abkommen zwischen Studierenden und der Regierung unterzeichnet, das umgerechnet rund 1,5 Milliarden Euro zusätzlich für den Hochschulsektor zusichert. Trotz dieses Teilerfolges kündigen die Studierendenorganisationen weitere Streiks für das kommende Jahr an und fordern zinsfreie Kredite sowie die Beseitigung von Misswirtschaft und Korruption an den Universitäten. Auch weitere Investitionen in die marode Infrastruktur der Universitäten sowie in die Gehälter der Angestellten werden gefordert. Gerade aufgrund der mangelnden Gehaltszahlungen befanden sich bis dato rund 27 der 32 öffentlichen Universitäten im Streik. Bisher hatte sich Präsident Duque gesperrt, ausreichend in den öffentlichen Hochschulsektor zu investieren. Im Zusammenhang mit der Polizeigewalt, die dazu führte, dass ein Student in Popayán sein Auge verlor, wird vermutet, dass der öffentliche Druck auf Duque zu der überraschenden Entscheidung geführt habe.

### **AMLO präsentiert ersten Haushaltsplan**

Mexiko-Stadt. Die Regierung unter Präsident Andrés Manuel Lopez Obrador kürzlich den Haushalt für das kommende Jahr. Mit dem Ziel, den öffentlichen Sektor zu stärken, wird stärker in den sozialen Sektor investiert, aber in den Bereichen Hochschulbildung und Umwelt Kürzungen vorgenommen. Unter dem Begriff Austeridad (Sparpolitik), der den Wahlkampf und die Transitionsphase stets begleitete, werden unter anderem Budgetkürzungen bei rund zehn Ministerien vorgenommen, was ebenfalls die Reduzierung von Gehältern für Regierungsmitglieder und Beamten beinhaltet. Mit den Kürzungen sollen allein in diesem Sektor rund eine Milliarde Pesos eingespart werden. Das eingesparte Budget solle unter anderem in Projekte für Senioren und Jugendliche und die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen investiert werden. Für Aufsehen sorgte die finanzielle Priorisierung des Militärs bei gleichzeitiger Reduktion von Mitteln für andere Sicherheitsorgane und Justiz. Insbesondere die neu gegründete Guardia Nacional soll gestärkt

werden, während Marine, Bundespolizei und Bundesgefängnisse mit Einbußen rechnen müssen. Die geplanten Kürzungen für öffentliche Universitäten wurden indes von AMLO rückgängig gemacht und von ihm als Fehler bezeichnet.

### **Elektrifizierung in Kuba feiert große Erfolge**

Havanna. Seit April 2018 konnten 17.614 weitere Haushalte an das Stromnetz angeschlossen werden. Die Elektrifizierung auf Kuba ist somit erfolgreich abgeschlossen worden. Jeder Haushalt auf dem Inselstaat hat nun einen Zugang zu Elektrizität. Für das Jahr 2019 plant der Energieversorger UNE die Erneuerung mehrerer Blockkraftwerke. Die Investition soll über 900 Millionen Pesos betragen. Seit den 1980er Jahren haben 90 Prozent der Haushalte auf Kuba einen Stromanschluss. Haushalte in den Bergen, im Dschungel oder schlechter infrastruktureller Anbindung blieben stromlos. Die Installation von Solarpanelen brachte Kuba nachhaltige Perspektiven in der Stromversorgung und ist der Hauptgrund für eine erfolgreiche und flächendeckende Elektrifizierung. Kuba plant bis 2030 25% der Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen zu gewinnen. 2019 sollen 43 neue Solarparks und zwei Windparks ans Netz gehen.

### **Einseitiger befristeter Waffenstillstand in Kolumbien**

Bogotá. Die kolumbianische Guerillaorganisation Nationale Befreiungsarmee (ELN) hat eine einseitige Waffenruhe für die Weihnachtstage und über Neujahr verkündet. Soziale Bewegungen und zahlreiche Einzelpersonen haben sich im Vorfeld wiederholt für den Frieden im Land ausgesprochen. Die Entscheidung für den Waffenstillstand sei für die Menschen getroffen worden, die unter den Konflikten und der Härte des Regimes leiden. Die ELN möchte damit zu einem „Klima der Ruhe“ beitragen. Mit Bekanntgabe der Waffenruhe wurde auch der Präsident des Landes, Iván Duque, zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungsgespräche aufgefordert. Duque fordert die ELN auf, entführte Personen frei zu lassen und verkündet, die Bürger weiterhin vor der Gewalt der Guerillaorganisation zu schützen.

**Ecuador: Hungerstreik nach 52 Tagen beendet**

Quito/Latacunga. Ecuadors Ex-Vize-Präsident, Jorge Glas, hat am 12. Dezember seinen Hungerstreik niedergelegt. Glas wurde in erster Instanz zu sechs Jahren Haft verurteilt. Ihm wird die Bildung einer kriminellen Organisation und Bestechung vorgeworfen. Sein Protest sollte seine Unterbringung in einem Hochsicherheitsgefängnis in Latacunga verhindern. Glas erklärt den Abbruch seines Hungerprotests „der Bitten“ seiner Familie und Freunde. 2017 wurde Glas zusammen mit Präsident Lenin Moreno in sein Amt gewählt. Im Oktober 2017 wurde aufgrund von Korruptionsvorwürfen gegen ihn ermittelt und er kam in Untersuchungshaft.

## **Pacto Mundial de Inmigración: Venezuela en focus**

*Von Maykel Redondo*

Durante los días lunes 11 y martes 12 de diciembre se llevó a cabo en la ciudad de Marrakech en Marruecos, el encuentro “Pacto Mundial de Inmigración” auspiciado por la ONU. El fin fundamental del encuentro fue establecer mecanismos claros que ayuden a regular el flujo de inmigrantes a nivel mundial. El Pacto mundial sobre migración fue aprobado el pasado julio por 193 miembros y la adopción formal del texto se hizo en Marrakech.

Ese Pacto procura, entre otros objetivos, el de mejorar la cooperación sobre la migración internacional; el de crear una concepción común, responsabilidades compartidas y unidad de propósito en todo lo concerniente al fenómeno migratorio, que es uno de los temas globales de mayor trascendencia en los inicios del siglo XXI.

El Pacto entra en vigencia en un momento bastante delicado para América Latina con migraciones en América Central desde Honduras y el Salvador hacia los Estados Unidos y en Suramérica de manera excepcional lo que se llama desde ya y por mucho, la migración más grande de América Latina de los últimos 50 años. Desde el año 2015 más de 2,3 millones de venezolanos (aproximadamente) han huido del país, que atraviesa una grave crisis económica, política y social, graves problemas de abastecimiento, tanto en medicinas como en productos alimenticios de primera necesidad, como la carne y el pollo. A esto se le suma, el mal manejo de las empresas petroleras del estado, una política de nacionalización y expropiación de infraestructura privada, y altísimos casos de corrupción por parte de funcionarios del estado. Venezuela enfrenta en este momento la hiperinflación más alta del mundo, la cual se calcula para finales del 2018 en un 1 millón por ciento, según datos proporcionados por la propia Asamblea Nacional Venezolana.

En vista de que solo en Colombia han entrado entre enero de 2017 y diciembre de 2018 la increíble cifra de 1.102.000 personas que han elegido al país sudamericano como destino, el presidente Duque propuso en el mes de septiembre durante la Asamblea General de la ONU en la ciudad de Nueva York, que se creara un fondo para atender a los desplazados. Muchos llegan sin nada con ellos, incluso sin documentos oficiales (pasaportes), o con problemas graves de salud, lo cual ha colocado en emergencia a las principales ciudades colombianas, como Bogotá, Barranquilla, Cali, Medellín, Cúcuta,

destinos recurrentes para los desplazados. La iniciativa contó con el apoyo de otros países de la región como Argentina, Paraguay, Chile, Brasil, Perú y Ecuador, en donde la migración desmedida de venezolanos también ha ocasionado tensiones dentro de la sociedad. Estos choques se deben a las diferencias entre culturas y a la poca capacidad de respuesta que estos países tienen, ya que de por sí en cada uno de ellos también existen muchos problemas económicos y sociales. La distribución según detallaron ACNUR y la OIM es la siguiente: Colombia tiene el mayor número de refugiados y migrantes de Venezuela, con poco más de 1.100.000; le sigue Perú con más de 500.000; Ecuador con al menos 220.000; Chile con más de 100.000; Panamá con 94.000 y Brasil con 85.000 migrantes.

Duque también planteó que se designara un enviado especial para coordinar “la acción multilateral, ya que se trata de un tema regional”. Por el mismo camino, la Agencia de la ONU para los Refugiados (ACNUR) y la Organización Internacional para las Migraciones (OIM) tomaron desde la semana pasada la decisión de nombrar a un representante especial conjunto para los refugiados y migrantes venezolanos en América Latina. El designado fue Eduardo Stein, exvicepresidente de Guatemala entre 2004 y 2008, durante el gobierno de Óscar Berger. Según indicó en su momento el secretario general de las Naciones Unidas, António Guterres, el nombramiento resulta necesario para reforzar la respuesta humanitaria ante “el alto número de venezolanos” que están huyendo de su país.

El tema es álgido, pica y se extiende, por un lado están los países de la región que denuncian al régimen venezolano como antidemocrático y usurpador de los poderes del estado, por otro lado hay países como Bolivia y Nicaragua quienes apoyan al gobierno venezolano. Estos últimos se alinean con las denuncias hechas recientemente y en relación a los migrantes por parte del gobierno de Maduro. Durante la Asamblea de la ONU en el mes de septiembre, el mismo Maduro en un discurso de más de 50 minutos y rompiendo con los protocolos establecidos por la Asamblea, denunció lo que él llama una “Guerra Económica” en contra de su gobierno por parte de los Estados Unidos y auspiciada por diversos sectores del gobierno colombiano en colaboración con la CIA y empresarios venezolanos residentes en la ciudad de Miami, todos estos conectados con líderes de la oposición venezolana. Esto con el fin según el propio Maduro, de debilitar el estado venezolano y ahogar así la economía venezolana.

Lo cierto es que debido a la posición del gobierno venezolano de negar el éxodo, cada vez hay más venezolanos sufriendo las penurias de emigrar a otros países ya sea caminando, por transporte aéreo (por medio de las pocas

líneas aéreas que aún funcionan en el país) o terrestre, sin la posibilidad de recibir en su país ayuda internacional, que supla las necesidades en medicamentos y alimentos. La ONU ha propuesto entregar esta ayuda pero el gobierno se niega a aceptarla. Es difícil que la situación mejore ya que el gobierno tampoco propone soluciones concretas que ayuden a suplir las necesidades que el pueblo venezolano sufre.

El futuro de Venezuela está en este momento en las carreteras, aeropuertos, parques, albergues, de casi toda Suramérica buscando ese futuro que les ha sido arrebatado en su país. Es sin duda una triste realidad que personalmente ha vivido el autor de estas líneas y que seguramente en este instante algún otro venezolano en alguna parte del mundo también está viviendo. Solo es de esperar que la comunidad internacional continúe ejerciendo presión para que se restituya el estado de derecho en Venezuela y que el estado venezolano reconozca sus errores y a partir de allí buscar soluciones que ponga fin a este drama humano más grande del siglo XXI en Latinoamérica.

**Maykel Redondo**, Licenciado en Administración de Empresas de la Universidad Nacional Experimental Simón Rodríguez-Caracas Venezuela, migrante venezolano en Alemania desde el año 2014.

## Licht am Ende des Plastiktunnels - Die agro-kapitalistische Landwirtschaft um Almería und Huelva

*Gastbeitrag von Matices e.V.*

*Von Andreas Jünger*

**Obst und Gemüse, das man in deutschen Supermärkten kaufen kann, kommt häufig aus den „Plastikmeeren“ im Süden Spaniens. Riesige Flächen voller Gewächshäuser, in denen mit möglichst geringen Kosten hohe Erträge erzielt werden sollen. Die Arbeiter\*innen sind zu großen Teilen Migrant\*innen aus Nordafrika und der Subsahara. Sie leiden besonders unter den prekären Arbeitsbedingungen, organisieren sich teils aber auch in Gewerkschaften.**

Strahlend blauer Himmel, mit Palmen bestückte Strände, prachtvolle maurische Bauten. Überall Speisen und Gerichte, die einem das Wasser im Mund zusammenlaufen lassen. Das sind wohl die häufigsten Eindrücke, die Reisende aus Andalusien zurück nach Deutschland mitbringen. Nur ein Bruchteil der Urlauber\*innen fährt hingegen überhaupt einmal in den Osten der Provinz, abseits der Tourismushochburgen, wo sich am Meer gelegen die Stadt Almería befindet. Bei einer Fahrt über die A-7 von Málaga kommend, rund 20 km vor Almería, bietet sich ein weltweit einmaliger Anblick: Die größte zusammenhängende Plastikgewächshaus-Fläche der Welt, die selbst auf Satellitenaufnahmen aus dem All als weißer Fleck sichtbar ist. Dort werden auf mittlerweile weit über 300 km<sup>2</sup> Paprika, Tomaten, Zucchini, Gurken, Melonen und vieles mehr kultiviert. Ein Großteil der Ernte landet schließlich in europäischen Supermärkten, insbesondere in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien.

Dieses Gebiet im Süden Spaniens, das häufig nur als „mar de plástico“ (Plastikmeer) bezeichnet wird, ist Hotspot und Sinnbild einer in globalen Wertschöpfungsketten eingebetteten und von einer agro-kapitalistischen Produktionsweise bestimmten Landwirtschaft. Hier geht es darum, mit geringen Kosten auf kleiner Fläche möglichst hohe Erträge zu erzielen. Der Kontrast in der Region ist enorm: einerseits große Unternehmen, wie etwa das Transportunternehmen der Brüder Carrión Cáceres mit einem Vermögen von über 300 Millionen Euro, andererseits zehntausende Migrant\*innen aus Nordafrika und der Subsahara, die teilweise ohne jegliches Hab und Gut in

Spanien eintreffen. Ihre Hoffnung auf ein besseres Leben in Europa schwindet mitunter so schnell wie Eis in der Hitze der Gewächshäuser.

### **Prädikat „bajo plástico“**

Die Region um Almería blickt mittlerweile auf eine über 50-jährige Geschichte als Anbaugebiet für Obst und Gemüse „bajo plástico“ (unter Plastik) zurück. Alles begann im Jahr 1963 mit dem ersten Gewächshaus, das eine Größe von 1 km<sup>2</sup> besaß. Anfang der 1970er Jahre waren es schon über 10 km<sup>2</sup>, die mit Gewächshäusern bedeckt waren, Mitte der 1980er Jahre über 100 km<sup>2</sup>, Anfang der 2000er Jahre rund 250 km<sup>2</sup> und heute weit über 300 km<sup>2</sup>. Die Stadt El Ejido, die sich inmitten des Anbaugebietes befindet, spiegelt eine ähnliche Dynamik wieder. Die Zahl der Einwohner\*innen stieg von wenigen Tausend Menschen in den 1960er Jahren auf derzeit über 80.000, und die Stadt weist eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen des Landes auf. Die Orte El Ejido und Vícar gehörten um 1900 noch zu den am dünnsten besiedelten Ortschaften. Heute liegen sie direkt am oder im „Plastikmeer“ und gehören zu den dichtbesiedelsten Räumen Andalusiens.

### **Verfall der Lebensmittelpreise, Verfall der Sitten**

Paradoxerweise ist der Ausbau der Gewächshausflächen in vielen Fällen nicht dem maßlosen Gewinnstreben der Betreiber\*innen zuzuschreiben, sondern einer anderen Entwicklung: Der Kilopreis, den die Produzent\*innen im Schnitt für ihre Produkte erhalten, ist in Almería zwischen 1975 und 2010 um über 40 Prozent gesunken. Die Folge waren mehr Gewächshäuser, Intensivanbau, Ertragssteigerung, Einsatz technischer Hilfsmittel und neuer Sorten, Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und Arbeitskräften. Mit der zunehmenden Marktmacht der großen Handelsketten verschärfte sich dieses Problem.

Dass diese große Beschleunigung und Veränderung des gesellschaftlichen Lebens in der Region nicht folgenlos blieben, zeigte sich auf extreme Weise im Februar 2000. Zahlreiche Einwohner\*innen von El Ejido nahmen die Ermordung einer jungen Spanierin durch einen Marokkaner zum Anlass für mehrtägige Ausschreitungen gegen Migrant\*innen. Hier offenbarte sich erstmals einer breiten Öffentlichkeit weit über die Landesgrenzen hinaus, dass der Gemüsegarten Europas nicht nur glänzende Früchte, sondern auch gesellschaftliche Risse und Ressentiments produziert. In einem gemeinsamen Artikel in der Zeitung El País benannten der Schriftsteller Juan Goytisolo und der Philosoph Sami Nair anschließend schonungslos den hinter den Ausschreitungen stehenden Rassismus: *„Im demokratischen Spanien des 21. Jahrhunderts werden Unschuldige wegen ihrer sozialen (sie sind arm), konfessionellen (die Mehrheit sind Muslime) und nationalen (sie sind Ausländer) Zugehörigkeit verfolgt.“*

### **Das „rote Gold“ von Huelva**

Im Südwesten Andalusiens, in direkter Nachbarschaft zum Naturpark Doñana, befindet sich ein weiteres Anbau Zentrum des internationalen Fruchthandels. In der Nähe der Stadt Huelva wird vor allem Beerenobst kultiviert: Erdbeeren, Heidelbeeren, Himbeeren. Auch hier finden sich inzwischen große Flächen mit Plastiktunneln, die dafür sorgen, dass Andalusien in der Liste der größten Erdbeerproduzenten Europas ganz oben steht. So ist es auch nicht verwunderlich, dass Deutschland etwa 80 Prozent seiner Erdbeerimporte aus der Region Huelva bezieht.

Ähnlich wie in der Region um Almería wurden auch hier schon in den 1960er Jahren die Grundlagen für den späteren Boom des Erdbeeranbaus gelegt. Die Kultur der Erdbeeren konzentrierte sich insbesondere ab den 1980er und 1990er Jahren um kleine Städte wie Moguer, Palos de la Frontera und El Rocío. Vor allem für das mühsame Pflücken der reifen Erdbeeren waren in den letzten Jahren je Saison bis zu 50.000 Arbeiter\*innen in Huelva beschäftigt. Die größtenteils weiblichen Beschäftigten stammen vorwiegend aus afrikanischen und osteuropäischen Ländern wie zum Beispiel Marokko, dem Senegal, der Ukraine und Rumänien.

### **Ausbeutung – a never ending story**

*Die ökologischen Probleme und sozialen Missstände in den andalusischen Intensiv-Anbaugebieten sind schon lange bekannt: Illegale Brunnen, ein sinkender Grundwasserspiegel, der übermäßige Einsatz von sogenannten Pflanzenschutzmitteln und die Ausbeutung von Arbeiter\*innen.* Wirft man einen Blick auf einige Überschriften deutschsprachiger Zeitungsbeiträge über die Situation in Almería bzw. Huelva im Laufe der letzten zehn Jahre, wird eine Kontinuität sichtbar: „Wie Sklaven unter Plastik“ (Spiegel, 2007), „Immigranten in Spanien: Selbst als Tagelöhner zu teuer“ (taz, 2010), „Einmal Drecksarbeit und zurück“ (ZEIT, 2015), „Erdbeeren aus Andalusien: Nur bedingt zum Reinbeißen“ (Mallorca Zeitung, 2017). Doch die Tatsache, dass diese Bedingungen, die in Teilen der andalusischen Landwirtschaft herrschen, seit Jahren bekannt sind, hat keineswegs zu einem Wandel geführt. Selbst jene, die angetreten sind, um es anders zu machen, sind mitunter im Blickfeld von Skandalen. Die Rede ist von Bio-Unternehmen, die ihre Produkte mit dem grünen Bio-Siegel in ganz Europa vertreiben.

Aktuelle Recherchen legen skandalöse Zustände offen

Im Jahr 2018 wurden gleich mehrere Rechercheprojekte veröffentlicht, die auf die Situation in den Anbaugebieten um Almería und Huelva eingehen. In einer Kooperationsrecherche von CORRECTIV, dem RTL Nachtjournal und BuzzFeed News machten die Journalistinnen Pascale Müller und Ste-

fania Prandi öffentlich, dass neben der Ausbeutung als Arbeitskraft offensichtlich auch sexuelle Gewalt zum Alltag vieler Arbeiterinnen in der Erdbeerernte um Huelva gehört. Ohne Perspektiven im Heimatland, allein gelassen von lokalen Hilfsorganisationen, abgeschottet in den Plastiktunneln der Erdbeerbelder, kniend und gebückt bei teils unerträglicher Hitze, haben in den vergangenen Jahren viele junge Frauen eine Tortur erfahren, die ihnen nicht mehr als 30 Euro am Tag einbrachte. Aus Gesprächen mit betroffenen Arbeiter\*innen sowie durch Nachforschungen in den lokalen Gesundheitszentren konnte die Recherche offenlegen, dass die Zahl der Abtreibungen in den vergangenen Jahren während der Erdbeersaison dramatisch zunahm. Es wird vermutet, dass viele Abtreibungen aufgrund vorheriger Vergewaltigungen durchgeführt werden. Betroffen sind hauptsächlich Migrantinnen, die zur Erdbeerernte angestellt sind.

Auch die Reportage-Reihe „Die Story im Ersten“ zeigte Anfang Juli 2018 einen Beitrag, der sich mit „Europas dreckige[r] Ernte“ befasste. Dabei ergründeten die Macher\*innen der Doku speziell die Situation von Geflüchteten in Südspanien und in Süditalien, die in den dortigen Obst- und Gemüsebetrieben als Arbeiter\*innen tätig sind. Wie die Aufnahmen der Reportage belegen, sind die Lebens- und Arbeitsumstände von tausenden Migrant\*innen im Plastikmeer von Almería auch im Jahr 2018 noch katastrophal. Rund 4.000 Menschen leben in slumartigen Baracken (span. chabolas) nahe des Ortes Níjar, Erntehelfer\*innen (häufig Geflüchtete) werden noch vor Morgenrauen von den Chefs an Straßenecken eingesammelt und verdienen zwischen 25-35 Euro am Tag (je nachdem, ob sie Papiere besitzen oder nicht). Der Tariflohn für Erntehelfer\*innen liegt hingegen bei rund 47 Euro am Tag. Auch ein Bio-Unternehmen wird gezeigt, dass seinen Beschäftigten zu geringe Löhne zahlte, nicht bezahlte Überstunden verlangte und Festanstellungen verweigerte. Auch das enorme Preisdumping der Supermärkte kommt im Beitrag zur Sprache. Wie in anderen Regionen der Welt, führte es auch in Andalusien bereits zum Selbstmord von Landwirt\*innen. Die Chefs vieler betroffener Unternehmen streiten die Vorwürfe ab, lokale Politiker\*innen beschönigen offen die Situation und sprechen von „Kampagnen“ gegen Almería. Besonders bitter: Trotz der Verstöße erhalten viele Betriebe EU-Subventionen. Doch der Beitrag zeigt auch einen kleinen Hoffnungsschimmer für die Arbeiter\*innen. Eine kleine Gewerkschaft (SOC-SAT) versucht die betroffenen Menschen über ihre Rechte aufzuklären und mit Aktionen vor Ort gegen die Verfehlungen vorzugehen.

### **Ausweg: Solidarität!**

In Deutschland sehen sich Politiker\*innen nicht zuständig für die Geschehnisse, von denen auch deutsche Handelsketten maßgeblich profitieren. Auch Konsument\*innen in Deutschland beschwerten sich nicht über niedrige Preise, viele sehen sich angesichts der Größe und Komplexität der Globa-

lisierung ohnehin außer Stande, irgendwie korrigierend einzugreifen. Während die Urlaubszentren an der Costa del Sol nur einen Katzensprung von Deutschland mit dem nächsten Ryanair-Flug entfernt scheinen, befinden sich die Anbauzentren unseres Obstes und Gemüses scheinbar in der unendlich weit abgelegenen Peripherie Europas.

Dass es doch anders geht, zeigt etwa der Verein Interbrigadas aus Berlin. In dem seit 2007 existierenden Verein engagieren sich junge Menschen, die seit 2013 regelmäßig Brigaden nach Andalusien entsenden. Interbrigadas ist ein gelungenes Beispiel für die internationale Vernetzung von Arbeitskämpfen. Die Brigadist\*innen aus Deutschland unterstützen während ihrer Reise beispielsweise die Gewerkschaft SOC-SAT bei Streiks vor Unternehmen und machen sich vor Ort im Gespräch mit Gewerkschafter\*innen und Arbeiter\*innen selbst ein Bild der Situation. Auf Grundlage dieser Erfahrungen versuchen sie, Missstände auch in Deutschland publik zu machen, die Proteste zu dokumentieren und in den Supermärkten in Deutschland sichtbar zu machen. Vielleicht fühlt sich manch ein\*e Verbraucher\*in ja durch die Möglichkeit der direkten Einflussnahme ermutigt, den nächsten Urlaub nicht am Pool auf Mallorca, sondern in einer Brigade in Andalusien zu verbringen.

**Andreas Jünger** promoviert am Rachel Carson Center for Environment and Society in München. In seinem Promotionsprojekt beschäftigt er sich mit der Geschichte ökologischer Landwirtschaft in Andalusien und untersucht, ob der Öko-Landbau zu einer sozial-ökologischen Transformation des andalusischen Agrarsektors beitragen kann.

An dieser Stelle möchten wir Sie gerne auf die aktuelle Ausgabe des Matices-Magazins aufmerksam machen, dass in kürze veröffentlicht wird. In dieser Ausgabe wird es um den Feminismus in Lateinamerika gehen.

## **Auch Brasilien rückt nach Rechts – Wie kam es zur Wahl Bolsonaros und was ist von seiner zukünftigen Regierung zu erwarten?**

Von Leon Mauel

Als „Trump der Tropen“ wird Brasiliens neuer Präsident in verschiedensten Medien bezeichnet. Am 28. Oktober gewann Jair Bolsonaro, Spitzenkandidat der rechtsgerichteten *Partido Social Liberal (PSL)* die Stichwahl gegen Fernando Haddad, den Kandidaten der linken Arbeiterpartei *Partido dos Trabalhadores (PT)*. Tatsächlich erinnert Bolsonaros provokantes Auftreten, seine Rhetorik sowie seine politischen Inhalte stark an den US-Amerikanischen Populisten, der ähnlich überraschend und ebenfalls ohne jegliche Regierungserfahrung vor zwei Jahren das Präsidentenamt in den Vereinigten Staaten übernahm.

Schon in Sachen Wahlkampfmotto ähneln sich die zwei Präsidenten, die von nun an die beiden größten Volkswirtschaften des amerikanischen Kontinents regieren werden stark. So heißt es etwa im ersten Teil des Mottos von Bolsonaros Wahlkampfprogramm: „Brasil acima de tudo, ...“ („Brasilien über alles, ...“), was stark an Trumps „America first“ erinnert. Da überrascht es kaum, dass Donald Trumps ehemaliger Berater und Chefstrategie im Wahlkampf, Stephen Bannon, engen Kontakt zum Team Bolsonaros im Wahlkampf pflegte und diesen aktiv mitgestaltete.

### **Die Evangelikalen als wichtigste Unterstützer**

Der zweite Teil des Wahlkampfmottos wiederum, „...Deus acima de todos“ („...Gott über allem“), weist auf jene Kräfte hin, die den wohl wichtigsten Unterstützerkreis Bolsonaros im Wahlkampf bildeten. Die in Brasilien sehr einflussreichen Evangelikalen haben im größten lateinamerikanischen Land einen Bevölkerungsanteil von etwa 30%. Stark beeinflusst durch die Wahlempfehlung evangelikaler Priester, gaben etwa zwei Drittel derjenigen brasilianischen Evangelikalen, die zur Wahl gingen, Bolsonaro in der Stichwahl ihre Stimme.

Für die breite Unterstützung der in Bezug auf Geschlechterrollen und Sexualität sehr konservativen Evangelikalen spielte sicher auch Bolsonaros ebenso tiefe wie offene Ablehnung der gleichgeschlechtlichen Ehe und von Abtreibungen eine Rolle. Insgesamt muss seine Wahl jedoch vor allem auch als Votum gegen die PT betrachtet werden.

### **Fehler der PT und die Macht der konservativen Medien**

Der Niedergang der PT beziehungsweise der brasilianischen Linken im Allgemeinen begann spätestens im Jahr 2013. Auf die Proteste von Millionen meist junger Brasilianer gegen Fahrpreiserhöhungen und Mängel im Bildungs- bzw. Gesundheitssystem folgten die hoch umstrittenen und milliardenschweren Austragungen der WM 2014 sowie der Olympischen Spiele 2016. Unter anderem hat die ursprünglich linksgerichtete Arbeiterpartei beispielsweise kaum auf die mit diesen beiden öffentlich geförderten Masenevents einhergehende Vertreibung von Favelabewohnern reagiert.

Zudem stellte die PT zwischen 2003 und 2016 erst mit Luiz Inácio Lula da Silva (2003-2010) und dann mit Dilma Rousseff (2011-2016) zwei Präsidenten, die jeweils unter juristisch und politisch höchst fragwürdigen Umständen wegen angeblicher Korruption verurteilt (Lula im Juli 2017 für 12 Jahre), beziehungsweise aufgrund des Vorwurfs der Haushaltsmanipulation des Amtes enthoben wurden (Dilma im August 2016). In diesem Zusammenhang steht auch die Aufdeckung des größten Korruptionsskandals in der Geschichte Brasiliens, des „Lava Loto“, die das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber dem Establishment im Allgemeinen und insbesondere die Anti-PT-Stimmung zusätzlich verstärkte.

Angeheizt wurde diese Stimmung durch die meist privaten und extrem einflussreichen konservativen Medien, die für die bestehenden Missstände von der sich vertiefenden Wirtschaftskrise über Arbeitslosigkeit bis hin zu Korruption und Anstieg von Gewalt und Kriminalität, oft einzig und allein die PT verantwortlich machte. Zwar hatten die dominanten Medien vor dem ersten Wahlgang noch den kläglich gescheiterten Kandidaten der konservativ-liberalen Partei unterstützt und nicht direkt für Bolsonaro geworben, jedoch förderte die Dämonisierung der krisengeschüttelten PT vor allem bei der orientierungslosen Mitte der Gesellschaft den Eindruck, sich zwischen Links- und Rechtsextremismus entscheiden zu müssen.

So war die Ablehnung der PT am Ende wohl stärker als die Furcht vor Bolsonaro, einem rechtsextremen Ex-Militär mit faschistischen Zügen, der jetzt ein Land regiert, in dem die letzte Militärdiktatur (1964-1985) noch nicht allzu lange zurückliegt und nie kritisch aufgearbeitet wurde.

### **Ex-Generäle und Sympathisanten der Militärdiktatur prägen Kabinett und Beraterstab des neuen Präsidenten**

Bolsonaros Aussagen vor und nach der Wahl transportieren eine offen nationalistische, sexistische sowie rassistische Ideologie und offenbaren klar antidemokratische Tendenzen. So zeigte sich Bolsonaros Nähe zum Militär bereits während des Wahlkampfes oftmals in Form von Drohungen gegen seine politischen Gegner beziehungsweise das politische System. Bereits vor dem ersten Wahlgang drohte er, dass es im Fall einer Wahlniederlage „bei einem ersten Fehler, den die PT begehen könnte, zu einem Einschreiten der Streitkräfte kommen könne“.

Mit Ex-General Augusto Heleno (Minister für Staatssicherheit), General Fernando Azevedo e Silva (Verteidigungsminister), Marine-Leutnant Bento Albuquerque Junior (Minister für Energie und Bergbau), Luftwaffen-Leutnant Marcos Pontes (Minister für Forschung und Technologie) werden voraussichtlich vier Vertreter des Militärs in Bolsonaros Regierungsmannschaft sitzen. Außerdem übernimmt Reserve-General Carlos Alberto dos Santos Cruz als Regierungssekretär die Kommunikation zwischen Regierung und Kongress und Ex-Offizier André Luiz de Almeida widmet sich dem Kampf gegen die Korruption. Vizepräsident Hamilton Mourão ist ebenfalls ein ehemaliger General.

Auch um eine Idee von Bolsonaros zukünftiger politischen Agenda zu bekommen, lohnt sich ein Blick auf die wichtigsten Minister seines 22-köpfigen Kabinetts das am 1. Januar 2019 seine Arbeit aufnehmen wird: Außenminister wird Ernesto Araújo, ein erklärter Trump-Anhänger, der die abgewählte PT bereits mehrfach als „terroristisch“ bezeichnete. Bolsonaro scheint also nicht nur in Sachen Rhetorik, Sexismus und Rassismus, sondern auch im Bezug auf die außenpolitische Ausrichtung seiner Charakterisierung als „Trump der Tropen“ gerecht werden zu wollen.

Der neue Umweltminister, Ricardo Salles, ist Mitbegründer der Bewegung „Endireita Brasil“ („Rechtsruck Brasilien“) und legt Wert auf Umweltschutz

unter Respektierung des Produktionssektors. Da passt es ins Bild, dass Brasilien, bis dato ein Vorreiter in Sachen Umwelt und Klimawandel, kurzfristig die Ausrichtung der für 2019 geplanten Weltklimakonferenz absagte. Laut dem Observatório do Clima, einer Koalition von mehr als 20 Klimaschutzorganisationen der Zivilgesellschaft, ist der Hauptgrund für den spontanen Rückzug die Haltung der künftigen Regierung. Diese habe bereits deutlich gemacht, „dass sie die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts nicht vorantreiben wird: die Bekämpfung des Klimawandels“.

Zukünftiger Wirtschaftsminister wird der Ökonom und Investor Paulo Guedes. Er will die Privatisierung in großem Stil vorantreiben und plant eine Wirtschaftspolitik ähnlich dem Modell Pinochets während der Militärdiktatur in Chile. Gegen Guedes sowie gegen Onyx Lorenzoni, zukünftiger Staatsminister und rechte Hand Bolsonaros, ermittelt bereits die Justiz wegen Veruntreuung von Pensionsfonds beziehungsweise der Annahme von illegalen Wahlkampfspenden.

Für Aufruhr sorgte die Entscheidung Bolsonaros, den ehemaligen Professor einer Militärhochschule, Ricardo Vélez Rodriguez, zum Bildungsminister zu nominieren. Dieser hatte bereits vor Jahren den Militärputsch von 1964 als „begrüßenswerte Revolution“ bezeichnet.

Bei so viel offensichtlicher Nostalgie für das Brasilien zwischen 1964 und 1985, in dem Mord, Folter und verschwinden lassen zum Zwecke des Machterhalts zu gängigen Mitteln des Militärregimes gehörten, wirkt der Vergleich von Jair Bolsonaro und Donald Trump fast harmlos. Ob die Brasilianer mit Bolsonaro also „nur“ einen „Trump der Tropen“, oder vielleicht sogar einen offenen Angriff auf die Demokratie zu ihrem Präsidenten gemacht haben, bleibt abzuwarten.